

An den
Oberbürgermeister Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover

In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss,
In die Ratsversammlung

Zusatzantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur
Drucksache 0452/2017:

Kampfmittelbeseitigung - Gefahrenerforschung, Kampfmittelräumung und Kostenlastverteilung

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erkenntnisse, die im Rahmen der Gefahrenerforschung, Sondierung und Kampfmittelräumung erlangt werden, in ein öffentlich zugängliches Kataster (bspw. im Rahmen des Angebots auf www.hannover-gis.de) einzupflegen. Ebenso werden die der Verwaltung aus bereits erfolgten Sondierungen und Räumungen bereits vorliegenden Erkenntnisse, sowie die weiterer kommunaler und der Stadt verbundenen Unternehmen (bspw. Stadtwerke Hannover für Leitungsbau, infrastrukturgesellschaft Hannover für U-Bahn-Bau, üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe) ebenfalls in diesem öffentlichen Kataster erfasst.

Begründung:

Angefangen mit der Luftbildauswertung seitens der Landesbehörde LGLN und fortgeführt durch über 70 Jahre Baumaßnahmen in der Stadt Hannover und der Stadtwerke Hannover ist für einen großen Teil des Stadtgebiets bereits eine Sondierung auf Kampfmittel erfolgt.

Mangels zentralen Katasters liegen diese Information aber nicht öffentlich und gesammelt vor, so dass Gebiete ggf. durch verschiedene Bau-Unternehmen erneut angefragt und sondiert werden. Mit einem öffentlich zugänglichen Kataster könnten hier sowohl Steuergelder für den Bau öffentlicher Projekte als auch Bauzeit eingespart werden (Bearbeitungsdauer für eine Luftbildsondierung durch die LGLN ca. 8-12 Wochen).

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

14.06.2017